

Tourismus: Die „Dritte Welt“ als Reiseziel

In den 80er Jahren hat der Tourismus in den Entwicklungsländern erheblich zugenommen. Zugleich sind aber auch die Probleme, die dieser Tourismus für die Reiseländern mit sich bringt, deutlicher geworden. Eine Studie, herausgegeben vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und in der BMZ-Publikationsreihe „materialien“ (Nr. 88) erschienen, untersucht die Ursachen der Fehlentwicklungen und unterbreitet Lösungsansätze.

Anfänglicher Euphorie folgte rasch die tiefe Ernüchterung: Als sich Ende der 60er Jahre der Massentourismus in Ländern der sogenannten Dritten Welt zu etablieren begann, band sich daran – vorrangig durch die „ökonomische Brille“ betrachtet – die Hoffnung, mit der wachsende Zahl von Touristen werde die wirtschaftliche Entwicklung in den Reiseländern einen kräftigen Schub erhalten. Bereits Anfang der 70er Jahre wurde diese euphorische Phase durch eine der Ernüchterung und Kritik abgelöst. Schnell waren die wirtschaftlichen, besonders aber die sozialen und kulturellen Negativfolgen deutlich geworden, die in vielen Fällen den angezielten ökonomischen Nutzen bei weitem zu übertreffen schienen.

Darauf folgte – Mitte der siebziger Jahre – eine dritte, die „Aktionsphase“. In ihr wurden in erster Linie Informations- und Bildungsprogramme entwickelt, um die massiven Defizite bei den Reisehungrigen abzubauen. Denn schlichtes Unwissen und das daraus resultierende Unverständnis für die „Bereisten“ und deren Land waren als eine der zentralen Ursachen für erkennbare Fehlentwicklungen im Dritte-Welt-Tourismus diagnostiziert worden. Zugleich setzte sich die Erkenntnis durch, daß die Frage, ob der Tourismus für die Entwicklung eines Dritte-Welt-Landes Fluch oder Segen bringe, nicht allein unter wirtschaftlichen Aspekten zu entscheiden ist. Den Ausschlag gibt vielmehr das Zusammenwirken einer Vielzahl von sozialen,

ökonomischen und kulturellen Faktoren.

Mit dieser Skizze dreier Phasen charakterisieren die Autoren einer vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) jüngst herausgegebenen Studie die Entwicklung in der Diskussion und Kritik des Dritte-Welt-Tourismus bis Anfang der 80er Jahre. Zu diesem Zeitpunkt war bereits eine erste vom BMZ herausgegebene Studie zu dem brisanten, wenn auch in der Öffentlichkeit viel zu wenig diskutierten Thema erschienen (vgl. HK, Juni 1981, 278).

Strukturveränderungen im Dritte-Welt-Tourismus

Indessen hat das letzte Jahrzehnt die in der BMZ-Studie von 1981 erwarteten oder auch befürchteten weiteren Entwicklungen in hohem Maße bestätigt: Der Tourismus in Ländern der Dritten Welt hat einerseits erheblich zugenommen. Zum anderen sind die *Probleme*, die dieser mit sich bringt zum Teil gravierender, in jedem Fall aber deutlicher geworden.

Schon im Zeitraum von 1970 bis 1978 stieg die Zahl der in den Entwicklungsländern registrierten „Touristenankünfte“ von 16,1 auf 27,3 Millionen. 1990 aber waren es 95,5 Millionen, was einer Versiebenfachung innerhalb von 20 Jahren entspricht. Während noch An-

fang der 80er erst ungefähr 0,8 Millionen Westdeutsche – die Bundesrepublik ist eines der größten europäischen Entsendeländer – ihren Haupturlaub in einem Dritte-Welt-Land verbrachten, belief sich deren Zahl 1991 schon auf 2,4 Millionen. Davon besuchten 1,4 Millionen ein „Dritte-Welt-Nahziel“ (Tunesien, Ägypten, Marokko und andere außereuropäische Mittelmeeranrainer); etwa 1 Million reiste in ein Fernziel-Land. Anfang der 90er Jahre verfügten bereits 20,4 Prozent der westdeutschen Bevölkerung über Urlaubserfahrung in Dritte-Welt-Ländern, 1978 waren dies erst 5,8 Prozent.

Dabei verweist die Studie auf eine gleichzeitige Strukturveränderung zwischen 1978 und 1990: Der Anteil der asiatisch/pazifischen Dritte-Welt-Länder an den registrierten Touristenankünften stieg – der wirtschaftlichen Dynamik des südostasiatischen Raumes entsprechend – von 36 auf 43 Prozent. Auch der mittel- und südamerikanische Raum konnte seinen Anteil von 29 auf 34 Prozent vergrößern, nicht zuletzt da neue Tourismusländer wie Cuba, die Dominikanische Republik oder Venezuela hinzukamen. Der Zuwachs in diesen beiden Regionen ging dabei zu Lasten afrikanischer Reiseländer, deren Anteil im gleichen Zeitraum von 24 auf 14 Prozent sank. Dabei müsse aber, so die Autoren, ein touristisches Nord-Süd-Gefälle innerhalb des Kontinentes berücksichtigt werden. Gut 60 Prozent der in Afrika registrierten Touristenankünfte entfallen auf die nordafrikanischen Mittelmeeranrainer, die in den 80er Jahren ebenfalls ihren Anteil steigern konnten.

Mit der stetig wachsenden Bedeutung des Tourismus in den Entwicklungsländern hat sich auch die kritische Auseinandersetzung fortentwickelt. Die in der Thematik Engagierten mühten sich um bessere *Struktur und Koordination*, vor allem mit den von den zahlreichen Fehlentwicklungen Betroffenen in den Reiseländern selbst, die etwa zeitgleich ihren Widerstand zu formieren begannen: gegen die fehlende Vorbereitung und Partizipation weiter Bevölkerungsteile, gegen unzureichende Aufklärung

über Vor- und Nachteile des Tourismus und die Erwartungshaltungen der Touristen, gegen ihre Verdrängung aus angestammten Siedlungsgebieten und die mit dem Tourismus einhergehende Erosion sozialer und kultureller Traditionen, bis hin zu den fatalen Folgen des Sextourismus.

Der Widerstand der Bereisten

In der Studie werden die wichtigsten internationalen, häufig von Kirchen initiierten und getragenen Tagungen und Kongresse dieser „Organisationsphase“ vorgestellt, ebenso wie die damals gegründeten internationalen Arbeitsgemeinschaften und Netzwerke: Etwa die als Selbsthilfeaktion der Kirchen 1982 in Port Moresby/Papua Neu-Guinea gegründete „Ecumenical Coalition on Third World Tourism“. Ihr Gegenüber in Europa und Nordamerika ist das „Third World Tourism European Ecumenical Net“, das ebenfalls 1982 zum erstenmal vor die Öffentlichkeit trat. Dessen Gründung geht unter anderen auf die Initiative des Zentrums für entwicklungsbezogene Bildung zurück, in dem 1975 der Kirchliche Entwicklungsdienst (KED) der Evangelischen Kirche in Deutschland eine Fachstelle „Fern-tourismus“ eingerichtet hatte.

Inhaltlich kamen, so die Studie, während dieser „Organisations- und Widerstandsphase“ der Kritik am Dritte-Welt-Tourismus vor allem jetzt die massiven *ökologischen Schäden* in den Blick, die bis dato in der Diskussion vernachlässigt worden seien: erhebliche Eingriffe in das Ökosystem natürlicher Küstenlandschaften durch touristische Infrastruktur, meist große Hotelprojekte, Yachthäfen oder Sportanlagen; Probleme der Müllbeseitigung, die in allen größeren Touristenzentren bestünden; und der gewaltige Ressourcenverbrauch – besonders gravierend der von Wasser – durch touristische Infra- und Suprastruktureinrichtungen.

Den gegenwärtigen Diskussionsstand veranschaulichen die Autoren mit Hilfe eines chinesischen Sprichwortes: „Tou-

rismus ist wie Feuer. Man kann seine Suppe damit kochen, man kann aber auch sein Haus damit abbrennen.“ Das heißt, welche positiven oder negativen Auswirkungen der Tourismus auf die Entwicklung, konkreter noch, beispielsweise auf Devisenausstattung, den Arbeitsmarkt, die Infrastruktur oder die Gesamtwirtschaft hat, kann nicht dogmatisch pauschal, sondern nur im Einzelfall entschieden werden. Ausschlaggebend sind jeweils der konkrete Entwicklungsstand, das Ressourcenpotential, die soziale und kulturelle Prägung, die offizielle Tourismuspolitik und die Form oder Struktur des touristischen Angebotes.

In vielen Fällen jedoch, so die Bestandsaufnahme der Autoren, „dürften die vom Tourismus bisher erhofften oder unterstellten Vorteile einer seriösen gesamtgesellschaftlichen Kosten-Nutzen-Analyse kaum standhalten. Der ökonomische Nutzen ist nicht selten geringer als erwartet. Wenn diejenigen, welche die Hauptnutznießer touristischer Entwicklung sein sollten (die breite Masse der armen Bevölkerung), am wenigsten oder gar nicht am Tourismus partizipieren, ist dieser entwicklungspolitisch kontraproduktiv.“ (Vgl. ds. Heft, S. 616.)

Wachsende Sensibilität

Neben der Forderung nach der umfassenden Beteiligung der Bevölkerung der bereisten Länder an touristischen Entwicklungen listen die Autoren weitere Anregungen zur Verbesserung des Dritte-Welt-Tourismus auf, darunter: die konsequente Einbindung der touristischen Entwicklung in die übergeordnete staatliche Entwicklungsplanung der Reiseländer, um beispielsweise das Entstehen neuer Abhängigkeiten zu vermeiden; die Verpflichtung der Reiseunternehmen wie der politischen Entscheidungsträger, in den Dritte-Welt-Ländern auf den Schutz der kulturellen und sozialen Identität der Bereisten zu achten; Maßnahmen die das verantwortliche Denken und Handeln der Touristen selbst, auch kritisches Rei-

seentscheidungsverhalten fördern. Ein eigenes Kapitel der Studie widmet sich der Darstellung und Kritik solcher bisher von Dritte-Welt-Organisationen, dem BMZ, aber auch von einigen Reiseveranstaltern gestalteten Aktionen.

Ob die in der Studie formulierten Anregungen und Empfehlungen zu Verbesserungsmaßnahmen im Dritte-Welt-Tourismus umgesetzt werden können, hängt maßgeblich von den Reiseveranstaltern und deren Angebot, wesentlich aber auch von den Reisenden selbst ab. Die in der Studie vorgestellten Ergebnisse einer vom BMZ und dem Studienkreis für Entwicklung durchgeführten Befragung bundesdeutscher Reiseveranstalter und ausländischer Tourist Boards der Dritte-Welt-Länder (offizielle Ländervertretungen für touristische Belange) hat bezüglich der weiteren Entwicklung eine Doppelbotschaft: Die Sensibilität für Probleme und negative Auswirkungen vor allem im sozialen und kulturellen Bereich der Zielländer ist erheblich gestiegen. Die meisten der befragten Reiseveranstalter stellten sich selbst den Anspruch, nicht nur auf die bessere Aufklärung und Information der Touristen einzuwirken, sondern auch eine verantwortliche Tourismusentwicklung in den Reiseländern zu unterstützen. Allerdings waren, so das Resümee, umfassende auf Qualifizierung des Dritte-Welt-Tourismus ausgerichtete Unternehmenskonzeptionen noch nicht oder nur in Ansätzen erkennbar. Große Chancen bezüglich der möglichen Durchsetzung weiterer Verbesserungsmaßnahmen zeigt die Darstellung und Analyse der touristischen Nachfrage nach Dritte-Welt-Reisen in der *Bundesrepublik*. Die westdeutschen Dritte-Welt-Reisenden scheinen hinsichtlich ihrer soziodemographischen Merkmale und ihres Reiseverhaltens gute Voraussetzungen zu bieten; die Autoren der Studie bescheinigen ihnen *hohe Ansprechbarkeit für Probleme*. Für entsprechende Angebote, die diesen Rechnung zu tragen suchen, wiesen die westdeutschen Dritte-Welt-Touristen günstige Merkmale auf: Jüngere (20–29), auslandsreiseerfahrene, formal höher gebildete, gutverdienende und

politisch aktive Personen, die in ihrem Urlaub gut vorinformiert an neuen Eindrücken, Begegnungen mit Einheimischen und Bildungsaspekten ebenso interessiert wie sensibel für Umweltprobleme sind, seien unter ihnen stärker vertreten als etwa unter Europa- oder Inland-Reisenden. Dabei ist jedoch bei den in Dritte-Welt-Nahziele Reisenden diese Charakteristik weniger stark ausgeprägt.

Immerhin sind 38 Prozent der westdeutschen Dritte-Welt-Reisenden (836 000 Personen) und 37 Prozent des „Dritte-

Welt-Reise-Potentials“ (2,9 Millionen) bereit, sich vor und während der Reise über die Lebensdingungen der Einheimischen und die Entwicklungsprobleme des Reiselandes zu informieren, sich während des Aufenthaltes um eigenständige Erfahrungen und Kontakte zu Einheimischen zu bemühen und auch kleine, landestypische Hotels zu nutzen. Optimistisch aber stimmt vor allem der Trend: Das Ansprechpotential für solche Aspekte des Reiseverhaltens habe sich, so die Studie, unter den westdeutschen Dritte-Welt-Reisenden versech-

facht, im Dritte-Welt-Reise-Potential verdoppelt.

Vor diesem Hintergrund kommen die Autoren zu dem Schluß: Das mit der vorliegenden Studie nachgewiesene Ansprechpotential für Aspekte, die zu Verbesserungen im Dritte-Welt-Tourismus beitragen können, solle sowohl für die Zielländer als auch für die Reiseveranstalter und andere touristische Leistungsträger eine Herausforderung sein, Angebote zu schaffen, die den untersuchten Aspekten entsprechen.

A. F.

Der Wechsel war vorauszusehen

Polen nach den Parlamentswahlen

Bei den polnischen Parlamentswahlen im September wurde die Nachfolgepartei der früheren Kommunisten zur stärksten politischen Kraft. Zusammen mit der ebenfalls dem alten System entstammenden Bauernpartei stellt die „Demokratische Linksallianz“ die neue Regierung. Der Wechsel kam angesichts der Härten, die der forcierte Übergang zur Marktwirtschaft für viele Polen mit sich bringt, nicht überraschend. Der bisherige Reformkurs dürfte aber auch unter der neuen Regierung grundsätzlich weitergehen.

Politik in Polen ist immer wieder für vermeintliche Überraschungen gut. Jüngstes Beispiel war der Urnengang am 19. September 1993. Bevor das Wahlergebnis bewertet wird, sei kurz auf innenpolitische Entwicklungen der vergangenen Monate zurückgeblickt, die das Szenario nach den Wahlen verständlicher machen können.

Im Juli 1992 war die Posener Juristin *Hanna Suchocka* von Präsident *Lech Wałęsa* als fünfte Regierungschefin seit dem demokratischen Systemwechsel 1989 mit der Bildung einer Koalitionsregierung betraut worden. Die „große“ Koalition mehrerer „Solidarność“-Nachfolgeparteien (von der linken Mitte bis zur gemäßigten Rechten) verfügte von Anfang an über keine parlamentarische Mehrheit.

Im Januar 1993 verabschiedete – unter dem Einfluß der katholischen Kirche und durchgesetzt von dem christlich-nationalen Koalitionspartner – das Parlament ein Abtreibungsgesetz, das die Gesellschaft polarisierte und den Zusammenhalt der Koalition stark strapazierte (vgl. HK, April 1993, 179 ff.). Der Haushalt konnte im Februar 1993 ebenso wie im April das „Allgemeine Privatisierungsprogramm“ nur mit Hilfe der oppositionellen postkommunistischen „Demokratischen Linksallianz“ (SLD) durch das Parlament (Sejm) gebracht werden. Streikwellen im Schul- und Gesundheitswesen, im Bergbau und in anderen Industriebranchen sowie Protest-

maßnahmen der Bauern im Frühjahr 1993 machten auf die sozialen Folgen der makroökonomisch erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik (Arbeitslosenquote: 15,7 Prozent), auf die Verunsicherung großer Berufsgruppen sowie auf das nachlassende Vertrauen in die Regierung (und in die demokratischen Institutionen schlechthin) aufmerksam.

Schließlich scheiterte Suchocka, wie ihre Vorgänger, an dem parteipolitisch fragmentierten Sejm und an der Heterogenität der Koalition. Mit einer Stimme Mehrheit wurde Ende Mai 1993 der Mißtrauensantrag der nicht an der Regierung beteiligten „Solidarność“-Gewerkschaftsfraktion angenommen. Präsident Wałęsa löste daraufhin das Parlament auf und schrieb Neuwahlen für Sejm und Senat am 19. September 1993 aus.

Er machte – die Parteiverdrossenheit der Bürger im Auge – einen taktischen Winkelzug, indem er einen „Parteilosen Block zur Unterstützung der Reformen“ (BBWR) ins Leben rief. Mit dieser kurzfristig zusammengewürfelten Konstellation gab er vor, das Reformlager um die Demokratische Union (Suchocka, Mazowiecki u. a.) und die Liberalen (Ex-Premier Bielecki u. a.) stärken zu wollen. Vor allem ging es ihm aber offensichtlich um einen größeren Einfluß des Präsidenten auf das Parlament und die Regierung nach den Wahlen.

Vor wenigen Monaten noch wurde die internationale Öffentlichkeit durch die Massenmedien, wenn diese sich überhaupt